



So wird künftig der Blick von der Dreirosenbrücke aussehen: Das 60-Meter-Hochhaus des Klinikums 1 (links) wird Gesellschaft vom Biozentrum beim St. Johanns-Tor erhalten. VISUALISIERUNG/ZVG

Pfuschbau wird durch Hochhaus ersetzt

Klinikum 2 Obwohl das Siegerprojekt optisch kaum jemanden überzeugt, hat das Parlament für den Bau gestimmt

VON MARTINA RUTSCHMANN

Beim Anblick dieses Films würde man am liebsten ein Zimmer mieten in einem der oberen Stockwerke des Hochhauses, von der freundlichen Dame am Empfang begrüsst werden, dank der «intelligenten Wegführung» rasch wissen, wo sich welcher Saal befindet, dank der «kurzen Wege» rasch im blühenden Garten stehen und «kompetent betreut» werden - und dann den Sonnenuntergang vom Bett aus geniessen.

Es ist ein Werbefilm für den Spitalneubau erster Güte, den die Grossräte am Mittwoch auf Sticks erhielten. Die wenigsten hatten ihn gesehen, als sie nach einer fast dreistündigen Debatte mit 75 zu 7 Stimmen und 5 Enthaltungen deutlich Ja sagten zum Bebauungsplan für das Projekt. LDPLer Conradin Cramer bezeichnete dieses als «Meilenstein in der Gesundheitsversorgung unserer Region», als er in seiner Funktion als Präsident der Bau- und Raumplan-

nungskommission darlegte, weshalb es ein Ja brauche. Er war nicht der Einzige, der die Werbetrömmel rührte für den Neubau, der 550 bis 900 Millionen Franken kosten soll: Baudirektor Hans-Peter Wessels tat dies, indem er zwei Fragen klar bejahte: Ist der Standort richtig? Ist es das richtige Bauprojekt?

Es gibt nur einen Weg: aufwärts

Für den Standort im Zentrum spreche die Nähe zur Universität, der «Cluster» von Spital und Life-Science, die gute Erreichbarkeit, die Synergien. Das Projekt sei betrieblich perfekt und füge sich besser ins Stadtbild ein als der jetzige Bau von 1974, der «von bemerkenswerter Hässlichkeit» sei, sagte Wessels.

Die betrieblichen Vorteile gegenüber dem zweitplatzierten Projekt von Herzog & de Meuron stellte niemand in Abrede. Die Ästhetik des Siegerprojekts der Zürcher Architekten giuliani.hönger hingegen gab viel zu reden - auch bei den Befürwortern. Allerdings konn-



Vom Totentanz aus wird einem bis in einigen Jahren dieses Bild geboten. ZVG

ten diese davon überzeugt werden, dass der Bau in die Höhe wachsen müsse, da ein Wachsen in die Breite bedeute, den Spitalpark zuzubauen, und dass es unmöglich sei, das Klinikum 2 durch

einen «kleinen, niedlichen» Bau zu ersetzen. Auch, dass man den jetzigen «Pfuschbau» nicht sanieren könne, leuchtete allen ein. Dennoch gab es Stimmen, die fanden: Wenn schon ein

Neubau, dann ein schöner. So sagte Loni Burckhardt (SP): «Man ersetzt etwas Hässliches durch etwas Unpassendes, das nicht viel schöner ist.»

Heimatschutz kämpft gegen Bau

Andere Stimmen hielten fest, dass Schönheit «Geschmackssache» sei respektive aus manchen Perspektiven gar kein Thema: «Als Patient gehen mir Architektur und Stadtbild am Arsch vorbei, wenn ich stundenlang in meinem Bett unterirdisch von Behandlungsort zu Behandlungsort herumgeschoben werde», sagte Roland Lindner (SVP).

Bei jenen, die den Turm voraussichtlich vorwiegend von aussen sehen werden, herrschte Freude über die Tatsache, dass die Denkmäler Predigerkirche und Markgräflerhof laut Plan wieder als Solitärbauten erlebbar werden.

Heimatschützer überzeugt das nicht: Der Heimatschutz und die Freiwillige Denkmalpflege haben bereits Widerstand gegen das Projekt angekündigt.

Unversöhnliche Verkehrspolitiker

Strasseninitiative Die Debatte um das Volksbegehren spaltete einmal mehr den Grossen Rat

VON NICOLAS DRECHSLER

Bei der Diskussion um die Strasseninitiative war es wie in letzter Zeit immer bei den Verkehrsgeschäften im Grossen Rat: Es gab einen Mehrheitsbericht und einen Minderheitsbericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek). Diesmal allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Rot-Grün hatte dank einigen bürgerlichen Abweichlern aus der GLP die Mehrheit errungen, und der Präsident der Uvek, Michael Wüthrich (GB), konnte namens der Mehrheit für die Initiative und den Kommissions-Gegenvorschlag weibeln.

Heiner Vischer (LDP) sprach für die Minderheit der Kommission. Ihn störten vor allem die Diskrepanzen bei den angekündigten Umsetzungszeiten und -kosten. Diese schwanken zwischen fünf und 40 Jahren, respektive zwischen 5 und 150 Millionen Franken; je nachdem, wem man Glauben schenkt: den Initianten, der Minderheit der Uvek, der Mehrheit der Uvek oder der Regierung. Die Initiative fordert mehr Platz auf den Strassen für öV, Fussgän-

ger und Velofahrer. Das soll mit einer wesentlichen Steigerung der Anzahl Velostreifen und weitergehender Temporeduktion auf 30 Stundenkilometer erreicht werden.

Stolz auf Basler Verkehrspolitik

Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels (SP) betonte, dass diese Initiative die einzige Chance sei, die vom Volk beschlossene Reduktion des Autoverkehrs um 10 Prozent umzusetzen, auch wenn der Verkehr in Basel, entgegen dem nationalen Trend, nicht explosionsartig zunehme: «Die Bevölkerung in Basel nimmt zu und die Arbeitsplätze noch viel stärker. Man müsste also von einem massiven Anstieg des Autoverkehrs ausgehen. Das ist aber nicht der Fall.» Bereits seien viele Massnahmen in Kantonsverfassung und Umweltschutz festgelegt. «Wir dürfen sehr stolz sein auf unsere Verkehrspolitik.»

Die Initiative bringe eine Umkehrung der bisherigen Prioritäten: Der Verkehrsraum soll klar zugunsten des Langsamverkehrs aufgeteilt werden, zu Lasten des Autoverkehrs. «Ich muss

neidlos anerkennen, dass der Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit dem Gegenvorschlag der Regierung überlegen ist», sagte Wessels weiter.

Das Umsetzen erfolge sinnvollerweise durch Velostreifen. Wo das nicht gehe, werde möglichst überall Tempo 30 eingeführt. Wie bereits in der gestrigen bz angekündigt, fehlte es nicht an harten Voten der ideologischen Art: Daniela Stumpf (SVP) ritt ein Generalattake auf die «meist rücksichtslosen Fahrradfahrer». Und sie kündigte an, die Stadt werde durch die linke Verkehrspolitik zu einer «Geisterstadt».

Remo Gallacchi (CVP) machte sich insbesondere Sorgen um das Gewerbe, vor allem um das Handwerk, das nicht mehr bis zu seinen Arbeitsstätten vordringen könne. Doch Anita Lachenmeier (GB) schilderte die Vorteile: «Auch die Menschen auf dem Trottoir fühlen sich wohler, wenn nur Tempo 30 herrscht.» Eine Einigung scheint in weiter Ferne. Und so zitierte Ratspräsidentin Elisabeth Ackermann am Ende erneut die bz, indem sie sagte: «Es ist 18 Uhr, ich unterbreche hier die Sitzung.»

AUS DEM GROSSEN RAT

BOMBENALARM System mit Zürcher Bombenexperten bewährt

Die Basler Polizei hat keine eigenen Bombenexperten und wird in absehbarer Zukunft auch keine eigenen haben. Der Einsatz von ausserkantonalen Experten bei der Bombendrohung am Theaterplatz habe an dieser Einschätzung nichts geändert, sagte Sicherheitsdirektor Baschi Dürr (FDP) in seiner Antwort auf eine Anfrage von Joël Thüring (SVP). Der Einsatz sei von den Abläufen her sehr gut verlaufen, auch der Beizug der Zürcher Sprengstoffexperten habe gut geklappt. (BZ)

«ROSIE» Regierung macht Baum-Freunden Hoffnung

Der Regierungsrat ist bereit, nochmals über die Fällung einer Kastanie am Wiesenplatz zu diskutieren. Dies sagte Regierungsrat Hans-Peter Wessels (SP) in seiner Beantwortung einer Interpellation von Sarah Wyss (SP). Wyss hatte angefragt, ob es möglich sei, bei der Umgestaltung des Wiesenplatzes noch einmal über die Bücher zu gehen. Anwohner wehren sich seit Wochen gegen das Fällen einer grossen Rosskastanie, die sie

«Rosie» getauft haben. Die Umgestaltung des Platzes war von Regierung und Parlament ohne grössere Opposition beschlossen worden. (BZ)

FUSSBALLGEWALT Filmcrews des Fussball-Verbandes in der Kritik

Die Basler Sicherheitsbehörden haben keine grundsätzlichen Probleme mit dem Projekt «Focus» der Swiss Football League. Diese hatte bekannt gegeben, dass sie an Fussballspielen nicht nur innerhalb, sondern auch ausserhalb der Stadien aus Sicherheitsgründen Filmaufnahmen machen will. Allerdings sieht Regierungsrat Baschi Dürr (FDP) verschiedene heikle Bereiche, was die Persönlichkeitsrechte angeht. Es bestehe aber keine rechtliche Handhabe, private Filmaufnahmen auf öffentlichem Grund grundsätzlich zu verbieten. Es gelte aber, die Rechte der Gefilmten in jeder Phase der Vorgänge zu wahren. Dies sagte Dürr in Beantwortung einer Interpellation von Tanja Soland (SP). Das Projekt brauche keine Bewilligung, die Kantonspolizei habe aber dem Fussballverband ihre Einschätzung mitgeteilt. Soland selbst befürchtet eine Verlagerung staatlicher Kompetenzen an Private. (BZ)